1945), inspizierte Hanns Johst 1939 in Polen die Vorbereitungsarbeiten zum Holocaust. Der Schriftsteller war auch dabei, als Himmler im Oktober 1943 in Posen vor SS-Offizieren über die „Endlösung" sprach. „Johsts Verhalten gegen den Freund (Himmler, d. Vf.) war über all die Jahre von einer Mischung aus Devotion, demonstrativem Selbstbewusstsein und Kriecherei gekennzeichnet. Aber sein Kriechertum war weder berechnend noch falsch, er tat es von Herzen gern, er kroch mit Liebe."[30] Hanns Johst wurde in seinem Entnazifizierungsverfahren im August 1949 als „Hauptschuldiger" (Gruppe 1) eingestuft.[31]

Im Langenburger Familienmausoleum beigesetzt

Prinzessin Alexandra zu Hohenlohe-Langenburg trat nach ihrer Entlassung aus dem Internierungslager öffentlich kaum noch in Erscheinung. Sie half bei der Pflege ihres Vaters bis zu dessen Tod 1950. Ihre letzten Lebensjahre verbrachte Alexandra vorwiegend in Spanien in Sanlúcar de Barrameda bei ihrer Tante Prinzessin Beatrice von Bourbon-Orléans (1884-1966) und deren Familie. Sie reiste nur noch gelegentlich zu ihren Verwandten nach Hause. Prinzessin Alexandra starb am 26. Oktober 1963 in Langenburg. Sie wurde im Familienmausoleum beigesetzt. Ihre Schwester Irma starb am 8. März 1986 in Heilbronn, wo sie auch bestattet wurde.[32]

[30] Vgl. Anm. 29: Text aus der „Zeit".
[31] http://www.zeit.de/2004/12/A-Johst/seite-4
[32] Findbuch La 146, Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein, Vorwort von Dr. Thomas Kreutzer im Mai 2005 zu den Biografien von Prinzessin Alexandra und Prinzessin Irma zu Hohenlohe-Langenburg.

Franz Merkle

Franz Konrad: „Konzession der NSDAP an die katholische Bevölkerung von Gmünd"

* 16. September 1891 in Edelbeuren, Gem. Erolzheim (Ldkr. Biberach)
† 15. Mai 1957 in Laupheim (Ldkr. Biberach)

04/1924-11/1934 Stadtschultheiß von Laupheim, Mitglied Zentrumspartei, 1933 NSDAP, 1934-1945 Oberbürgermeister in Schwäbisch Gmünd, 08/1939-10/1944 Kriegsmarine (Korvettenkapitän), 1941 Obersturmführer der SA, 1948 erneute (annullierte) Wahl zum OB, 1954-1956 Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd (unterstützt von der CDU)

Neuer Oberbürgermeister in Gmünd

„Auf dem Grund, den er (gemeint ist der kommissarische Stadtvorstand in Gmünd, Regierungsrat Dr. Haegele) gelegt hat, wird OB Konrad [...] weiterbauen können [...], damit man in nicht zu ferner Zeit statt vom Notstandsgebiet vom Wohlstandsgebiet Gmünd sprechen kann. In dieser Hoffnung rufen wir unserem neuen Stadtvorstand, dem ersten nationalsozialistischen Oberbürgermeister Gmünds ein herzliches Glückauf! und Heil Hitler! zu!" So der Willkommensgruß für den neuen, von der Gauleitung Württemberg in Stuttgart bestimmten, nicht von der Bevölkerung gewählten Gmünder Oberbürgermeister Franz Konrad.[1] Die Tatsache, dass Konrad nicht gewählt, sondern von der Gauleitung bestimmt wurde zeigt, welches Vertrauen die NSDAP, deren Mitglied Konrad seit dem 1. Mai 1933 (Mitgliedsnummer 2.922.232) war, in ihn setzte. Ab November 1933 war Konrad Sturmführer der SA-Standarte 121, 1941 Obersturmführer der SA.[2] Vor seinem Eintritt in die NSDAP war Konrad Mitglied der Zentrumspartei. Eine Mitgliedschaft nach dem Krieg in der CDU lässt sich nicht mehr feststellen.[3] Was aber feststeht: Konrad wurde beim OB-Wahlkampf 1948 (gegen den bisherigen OB Franz Czisch, 1908-1956, Mitbegründer der Gmünder CDU, Anhänger des `Ahlener-Programms´) von großen Teilen der CDU unterstützt. Diese Wahl, die Konrad, von 1934-1945 Gmünder Oberbürgermeister, haushoch gewann, wurde von der amerikanischen Militärregierung annulliert, so dass Konrad sein Amt

[1] Remstalpost/ Gmünder Zeitung: Samstag, 03.11.1934 , o. S.
[2] StAL E 180-Bü. 560.
[3] Auskunft der Abteilung Schriftgutarchiv der Konrad-Adenauer-Stiftung.

nicht antreten konnte. 1954 stellte er sich wiederum zur Wahl, gewann wiederum haushoch. Die Amerikaner erhoben wegen Konrads Vergangenheit keinen Widerspruch mehr, so dass dieser sein Amt antreten konnte. Allerdings gab er es – aus gesundheitlichen Gründen - schon 1956 wieder auf. Er starb 1957.

Am Rande sei bemerkt, dass der Gmünder Gemeinderat am 13. August[4] davon Kenntnis nahm, dass sich elf Männer um den Posten des Stadtvorstandes in Gmünd beworben hatten; Konrad war nicht darunter. Er war damals Schultheiß, d. h. Bürgermeister in Laupheim, Kreis Laupheim. Über seine Tätigkeit dort berichtet die „Remstal-Post": „Aus verschiedenen Bemerkungen kann man entnehmen, dass die Stadtverwaltung in Laupheim von je bestrebt war, nationalsozialistische Gesinnung zu verwirklichen."[5]

An dieser Stelle ein interessanter, bisher nicht bekannter Aspekt: Konrad hatte sich um die Stelle des Oberbürgermeisters in Friedrichshafen beworben, er wollte gar nicht nach Gmünd. Der Gemeinderat Laupheim (Konrad war dort vom 23. April 1924 bis zum 2. November 1934 Bürgermeister) bat ihn, in Laupheim zu bleiben. In dem Schreiben des Gemeinderats Laupheim wird er „als besonderer Kenner der Wirtschafts- und Kommunalpolitik" bezeichnet. Konrad bekommt, wie schon gesagt, die Stelle in Friedrichshafen nicht, die Gauleitung schickt ihn nach Gmünd.[6]

Empfang in Schwäbisch Gmünd

Am 3. November, einem Samstag, wird Konrad in der Lorcherstrasse feierlich vom NSSK empfangen und durch ein Spalier von Jungvolk, HJ und BDM zum Rathaus geleitet. In Anwesenheit des württembergischen Innenministers Dr. Jonathan Schmid (1888-1945),[7] leistet Konrad den Diensteid: „Ich schwöre, ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe." In seiner Ansprache nach der Vereidigung heißt es: „Für uns gilt es nun, einig und geschlossen hinter dem Führer zu stehen, auf die Zähne zu beißen und durchzuhalten in Not und Tod [...]. Als alter Soldat, der mit Begeisterung Kaisers Rock getragen hat, freue ich mich, Stadtvorstand einer Garnisonsstadt zu sein. Unserem Reichskanzler danken wir es, dass wir endlich, nach langen Jahren trauriger Pazifistenherrlichkeit, uns wieder zum Wehrgedanken öffentlich bekennen dürfen. Ich freue mich, dass der wichtigste Stand, der Waffenträger der Nation, wieder gebührend anerkannt ist. [...] Wir kennen ja alle nur ein Ziel: unseren Teil dazu beizutragen, unserem schwer

[4] Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats der Stadt Schwäbisch Gmünd (im Folgenden GR): 1934 § 278.
[5] Zeitgeschichtliche Sammlung des Stadtarchivs Gmünd, Sammlung zu Franz Konrad (im Folgenden ZGS).
[6] Freundliche Auskunft durch die ehemalige Stadtarchivarin der Stadt Laupheim, Frau Anna Spiesberger, am 22.08.2013. Das erwähnte Gemeinderatsprotokoll Laupheim ist vom 02.01.1934.
[7] Zu Dr. Jonathan Schmid ist ein eigener Beitrag für THT 10 (NS-Belastete aus der Region Stuttgart) geplant.

geprüften Volk wieder den ihm gebührenden Platz an der Sonne zu erkämpfen! [...] Wir werden unser Ziel bestimmt erreichen [...], wenn wir alle bereit sind, den großen, klaren Leitgedanken unseres Führers und Reichskanzlers nachzuleben und eine wahre Volksgemeinschaft zu sein."[8] Er fordert die Anwesenden auf, sich vorbehaltlos hinter den Führer zu stellen und ihm unerschütterliche Treue zu halten. Konrad forderte die Anwesenden auf „zu einem Sieg Heil auf unseren Führer und Reichskanzler, in das begeistert eingestimmt wurde [...]. Zum feierlichen Abschluss sangen die Anwesenden mit erhobenen Händen das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied."[9]

Konrad „startet durch"

Kurz vor seiner Amtseinsetzung spricht Konrad als Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik im Landkreis Laupheim auf dem Kreiskongress der NSDAP in Gmünd.[10] Er spricht vom Wunsch einsichtiger Menschen nach starker Führung, vom Ende der politischen Zersetzung Deutschlands als Verdienst des Nationalsozialismus, der Ersetzung der demokratischen Grundlage der Gemeindeverfassung durch den Führergedanken, vom Glauben und Vertrauen an Hitler („Seine Sendung ist ein Geschenk an das deutsche Volk. Auf den Rathäusern kann es heute nur noch nationalsozialistische Politik geben.") Er verweist auf die Rede Hitlers an die Reichsstatthalter am 6. Juli 1933: letzte Überreste der Demokratie beseitigen, keine Abstimmungen und Mehrheitsbeschlüsse mehr, Hervorheben der Führerpersönlichkeit in den Gemeinden, der Gemeinderat nicht mehr der Mittelpunkt der Gemeinde, sondern der Ortsvorsteher, wobei Nichtarier keine Ortsvorsteher sein könnten. Zusammenfassend: „Für die Gesundung der Gemeindeverwaltung ist damit der Weg frei gemacht."

Bei der ersten von Konrad geleiteten Gemeinderatssitzung weist er darauf hin, „dass die Arbeit der Stadtverwaltung heute unter der Kontrolle der Partei stehe und demzufolge öffentliche Gemeinderatssitzungen kaum mehr nötig seien." In der gleichen Sitzung stellt die nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation den Antrag: „Der Einkauf von Waren aller Art in Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften (in Gmünd trifft das auf die Warenhäuser von Meth und auf WOHA zu) ist sämtlichen städtischen Ämtern untersagt." OB Konrad erklärt dazu, „dass der Antrag nationalsozialistischem Programm entspreche und daher ohne weiteres angenommen werden könne."[11]

[8] RP, Mo., 05.11.1934, Nr. 257, o. S.
[9] GR 1934 § 337. Leider fehlt der Beleg Nr. 15, Ausführungen der Reden bei der Amtseinführung. Vermutlich herausgetrennt durch die Landes- und Militärregierung für die Spruchkammerverfahren nach 1945.
[10] Siehe RP vom 03.11.1934, Lokalteil aus Gmünd, o. S.
[11] GR 1934 § 387. Vgl. die entsprechende Fachliteratur zur weiteren reichsweiten Entwicklung nach der „Arisierung" jüdischer Warenhäuser. Diese wurden nicht zerschlagen oder aufgelöst, sondern in arischem Besitz weitergeführt.

OB Konrad und seine „innere Verfasstheit"

Beschäftigen wir uns nun mit den Äußerungen (oder auch Nicht-Stellungnahmen) von Konrad in den folgenden Jahren. Bei allen Beschlüssen des Gemeinderats hat Konrad keine widersprechende Stellungnahme abgegeben. So etwa im Fall der für Sonntag, 10. Februar 1935, in Aussicht genommenen Übertragung eine Abendgottesdienstes mit dem evangelischen Landesbischof Theophil Wurm (1868-1953). Stadtrat Fischer bedauert „als Protestant und Nationalsozialist", „ dass es keine Möglichkeit gebe, die ganze Kundgebung [...] zu verhindern." Und besorgt schiebt er nach: „Aus weltanschaulichen Gründen sollte der Stadtgarten nicht für kirchliche Zwecke verwendet werden [...]. Bei der Zusammensetzung der Gmünder Bevölkerung könne auch leicht mit der Gefahr der Störung des konfessionellen Friedens gerechnet werden." Und Stadtrat Klozenbücher setzt noch eins drauf und sorgt sich, dass solche Veranstaltungen „einzig und allein in die dafür geschaffenen geheiligten Räume der Kirche gehören. Der Stadtgartensaal ist nicht würdig für eine kirchliche Übertragung." Er bittet OB Konrad, bei der Gauleitung vorstellig zu werden und zu übermitteln, dass der Gemeinderat eine ablehnende Haltung eingenommen habe – was Konrad auch zusagt.[12]

Im Falle des evangelischen Landesbischofs lässt Stadtrat Huber dann „die Katze aus dem Sack", ohne das Konrad eine andere Auffassung vertritt oder gar Einspruch erheben würde. Huber spricht sich „gegen Massenveranstaltungen der Kirche, die leider oft dazu benützt werden, gegen die Interessen des nationalsozialistischen Staates zu arbeiten", aus. Er könne nicht zustimmen, „dass die Kirche ihre Verhetzung in großem Maße betreiben könne."[13]

„Linientreue Beamte und Angestellte" bei Stellenbesetzungen

Als die Stelle des Stadtpflegers (28 Bewerber, darunter sechs Beamte der Stadt) neu besetzt werden soll, gibt es eine interessante Anmerkung von Konrad: „Der Vorsitzende (so wird der Oberbürgermeister in den Gemeinderatsprotokollen bezeichnet, F.M.) glaubt, dass sich die Auffassung des Innenministeriums mit derjenigen der Partei, dass in den Beamtenkörper der Stadt neues Blut gebracht werden müsse, decken." Kein interner Bewerber wird ausgewählt. Auch Stadtrat Barth assistiert Konrad und hält „eine Blutauffrischung im Beamtenkörper der Stadt Gmünd" für angebracht.[14] Immer wieder werden bei Stellenbesetzungen „Alte Kämpfer" bedacht.

In einer Sitzung gedenkt Konrad des 70. Geburtstags von General Erich Ludendorff (1865-1937). Die Uferstraße soll zu Ehren von Ludendorff „und in dankbarer Anerkennung seiner gewaltigen Leistungen für unser Volk [...] und zur steten Erinnerung für kommende Generationen" nach ihm benannt werden.[15]

[12] GR 1935 §1.
[13] GR 1935 §1.
[14] GR 1935 § 70.

In der Sitzung vom 19. Juni 1935 geht es u. a. um die Beflaggung der städtischen Gebäude an Fronleichnam, einem Hochfest der Gmünder Katholiken. OB Konrad, selber Katholik, erklärt, „dass er dem Willen des Gemeinderats folgend die Anordnung zur Beflaggung der städtischen Gebäude am Fronleichnamstag zurückziehe."[16] Wie schon erwähnt: nach der nationalsozialistischen Gemeindeordnung war der Oberbürgermeister „Führer seiner Stadt" und eigenständig in seinen Entscheidungen. Er hätte also in diesem und anderen Fällen selbst entscheiden können. Mit einer Einschränkung: der jeweilige Kreisleiter und andere Parteistellen saßen ihm „im Genick", weshalb zwischen Oberbürgermeister und Kreisleitern immer Spannungen auftraten – nicht nur in Gmünd. Doch davon an anderer Stelle.

„Juden unerwünscht"

Am 22. August 1935 ersuchen Kreis- und Ortsgruppenleitung sowie der Kreiskulturwart der NSDAP das Bürgermeisteramt Gmünd, „den Juden nahezulegen, dass ihr Besuch des Stadtbads und des städtischen Freibads unerwünscht sei." Keine Einwendung des Oberbürgermeisters; Entschließung des Gemeinderats, in beiden Einrichtungen an geeigneter Stelle eine entsprechende Anschrift anzubringen.[17] 1937 werden Juden von Vieh-, Pferde- und Krämermärkten ausgeschlossen (Entschließung von OB Konrad).[18] Und am 19. April 1938 schreibt Polizeiamtsvorstand Mannal: „Die Juden werden auf dem Markt nicht vermisst, an ihre Stelle sind arische Viehhändler getreten. Es gibt zwar immer noch Volksgenossen, die glauben, sie müssen beim Juden kaufen [...]. Der Ausschluss der Juden vom hiesigen Markt erfolgte auf Grund einer Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters hier."[19] Schon 1935 wurde angeregt, bei künftigen Märkten in Gmünd einen besonderen Platz für jüdische Geschäfte bereitzustellen und diesen mit einem entsprechenden Hinweis zu versehen.[20]

„Der Wehrmacht zu Diensten sein"

Als das Rektorat der Klösterle-Schule die Umbenennung der Schule in „Horst-Wessel-Schule" sowie die Anbringung einer Gedenktafel für die gefallenen 26 Volksschullehrer Gmünds im Ersten Weltkrieg beantragt,[21] hat Konrad dagegen nichts einzuwenden.[22]

[15] GR 1935 § 105.
[16] GR 1935 § 267.
[17] GR 1935 § 405.
[18] GR 1937 § 136.
[19] Personalakte Franz Konrad, 1, Blatt 52 b.
[20] GR 1935 § 639.
[21] Begründung des Schulleiters der Klösterle-Schule: um „ der jungen Generation auch außerhalb des Unterrichts den Geist der Front und die Größe der Todesopfer vor Augen zu führen."
[22] GR 1935 § 583.

Für die Belange des Heeres in Gmünd ist Konrad äußerst aufgeschlossen. Er selber ist Korvettenkapitän bei der Kriegsmarine und von August 1939 bis zum 1. Oktober 1944 mit Unterbrechungen zum Wehrdienst einberufen. So vermerkt das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 5. Dezember 1935,[23] dass vertrauliche Gespräche von OB Konrad stattgefunden hätten, weiteres Militär in die Stadt zu holen. Die Stadt ist neben Ludwigsburg und Ulm ein starker Truppenstandort. Konrad äußert sich über die Wehrmacht: „Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Wert darauf gelegt wird auf ausgezeichnete Beziehungen zur Wehrmacht [...] und wir werden selbstverständlich auch in Zukunft alles tun [...], um der Wehrmacht zu Diensten zu sein."[24]

Der Fall Maria Wild

1936 möchte Konrad ein vom Gmünder Hermann Hörner gefertigtes Ölgemälde des Führers erwerben und im Sitzungssaal aufhängen.[25] Nötig scheint ihm die Einrichtung eines NS-Kindergartens[26] neben den kirchlich geführten. Dem Antrag der Bewohner des Judenhofs, diesen in Imhofstrasse umzubenennen, gibt Konrad statt.[27]

In der Folge des „Falles Maria Wild" fällt ein peinliches Licht auf den Gmünder Oberbürgermeister: Maria Wild, Schreibgehilfin bei den technischen Werken der Stadt, wurde fristlos entlassen, weil sie den Hitler-Gruß nicht respektiert hätte. Ratsherr Klozenbücher, der sich für die Entlassung ausspricht und sich um den Respekt dem Führer gegenüber sorgt, äußert sich so: „Dies könne nur dadurch geschehen, dass man solche Angestellte entlässt, die sich weigern, den Hitler-Gruß abzugeben, oder diesen verächtlich zu machen."[28] Das war 1935, Wild wird entlassen. 1936 aber drängt die Gauleitung (!) darauf, Maria Wild wieder einzustellen. Der stellvertretende Gauleiter Friedrich Schmidt (1902-1973)[29] stehe auf dem Standpunkt, „dass die Wild für ihr dummes Geschwätz durch die erlittene 5/4 jährliche Arbeitslosigkeit zur Genüge gebüßt habe." Dazu Konrad: „Nach Lage der Sache bleibe nichts anderes übrig." Er hätte wohl am liebsten „leider" hinzugefügt, da die Stadt Maria Wild nicht mehr einstellen wollte.[30]

Der Fall Wenger

Im selben Jahr schlägt dann der „Fall Wenger", Direktor der Stadtwerke, Wellen. Das zu untersuchen wäre eine Aufgabe für sich. In diesem wie in anderen Personalangelegenheiten wird das Bestreben der Partei deutlich, in wichtige Stellen ihr genehme Leute einzusetzen. Stadtrat Klozenbücher äußert bei der Kandidatenauswahl für einen Nachfolger Konrad Wengers, es sei nötig, die Stelle eines neuen Stadtwerkedirektors mit einem „alten Kämpfer" zu besetzen, „um den jahrelang durch einen Freimaurer verseuchten Posten wieder in Ordnung zu bringen."[31] In der Sitzung vom 1. Dezember 1936 ersucht Klozenbücher den Oberbürgermeister, Wenger das Wort zu entziehen, „da er nicht zulassen könne, dass hier freimaurerische Grundsätze noch gepriesen werden."[32] Der Fall Wenger erscheint auch in der NS-Hetzschrift „Flammenzeichen". Konrad nutzt das Ausscheiden Wengers, um den Posten zu teilen: die Stadtwerke bekommen einen technischen und einen kaufmännischen Leiter. Es war keine Stellungnahme zu finden, die Konrad Wenger gestützt hätte.

[23] GR 1935 § 708.
[24] GR 1935 § 310, Beilage Nr. 6.
[25] GR 1936 § 24.
[26] GR 1936 § 91.
[27] GR 1936 § 161.
[28] GR 1935 § 139.
[29] Zu Schmidt vgl. THT 3, S. 177-189.
[30] GR 1936 § 384.

Unverbrüchliche Treue zum Führer

Immer wieder betont Konrad die Treue gegenüber dem Führer, Gemeinschaft vor Einzelschicksal, Führung des Volkes durch die Besten, Führerprinzip in allen Bereichen, also auch in der Kommune.: „Am 30. Januar 1933 wurde das Sehnen der Besten unseres Volkes nach einem großen, einigen, kraftvollen deutschen Reich nach mehr als 1000 Jahren erfüllt [...]. Wir gehen über die Schwelle des 4. Jahres in der festen Zuversicht, dass uns unser Führer zu neuen Erfolgen führen wird [...]. Diese schweren Zeiten sind nur zu überwinden, wenn das ganze Volk sich zu einer soldatischen Grundhaltung bekennt [...], einig und geschlossen hinter seiner Führung steht [...]. Diese gewaltigen Fortschritte [...] verpflichten uns zu unverbrüchlicher Treue gegenüber dem Führer."[33]

Konrad und die Kirche in Gmünd

1937 beantragt Stadtrat Klozenbücher ein Verbot des Böllerschießens an Fronleichnam. Voller Fürsorge begründet er den Verbotsantrag dieses alten Brauchs mit „der Störung der Ruhe, vor allem alter Leute und Schwerkranker im Spital." Der OB wird sich in dieser Angelegenheit an den Polizeiamtsvorstand wenden.[34]

Geistliche, die an der Schule Religionsunterricht erteilen, werden 1937 verpflichtet, einen Treueid auf den Führer abzulegen. Wer dem nicht nachkommt oder den Eid mit Vorbehalt ablegt, darf nicht mehr unterrichten. Davon nimmt Konrad Kenntnis, ohne zu widersprechen. Es kommt dann zu einer heftigen Auseinandersetzung der Verwaltung (und damit auch des Oberbürgermeisters)

[31] Lämmle, Ernst: Schwäbisch Gmünd von 1894-1945, in: StadtA Schwäbisch Gmünd (Hg.): Geschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd, Stuttgart 1984, S. 413.
[32] GR 1936 § 665. Vgl. den Artikel Merkle, Franz: Judenfreund und Freimaurer – eine unglaubliche Herausforderung durch den Direktor der Technischen Werke in Schwäbisch Gmünd, einhorn-jahrbuch, Schwäbisch Gmünd 2016.
[33] GR 1937 § 100.
[34] GR 1937 § 313.

mit Dekan Großmann. Seinem Wunsch nach geeigneten Räumen für den Religionsunterricht außerhalb der Schulzeit entspricht die Stadt nicht. Konrad lässt Großmann schriftlich mitteilen, dass es Ehrenpflicht für die Geistlichen sei, den Treueid auf den Führer zu leisten. Man weise das Gesuch „mit Entrüstung zurück" und sehe sich außerstande, „die Steuergroschen des arbeitenden Volkes für derartige Seitensprünge katholischer Geistlicher auszugeben.[35] Und dann der „Wink mit dem Zaunpfahl" an Dekan Großmann: „Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass die Stadtverwaltung Jahr für Jahr für die Erneuerung des Münsters RM 4.000 ausgibt [...]. Außerdem kann die Stadtverwaltung verlangen, dass das katholische Dekanatamt nur in solchen Fällen mit Wünschen an die Stadtverwaltung herantritt, die auch im Interesse des nationalsozialistischen Staates liegen."[36]

Zwischenfazit

Es muss hier eine Zwischenbilanz gezogen werden: von Oberbürgermeister Konrad kein Wort, geschweige Widerspruchshandlung bei der Umsetzung der Gesetze, die reichsweit galten, bei den Fragen des Religionsunterrichts an Schulen, beim „Abwürgen" der katholischen Mädchenrealschule St. Ludwig, beim Pfarrhaussturm 1938 auf dem Münsterplatz (mit anschließendem Verweis von Geistlichen aus der Diözese), zur Bevorzugung des Militärs, bei der „Arisierung" jüdischer Geschäfte in Gmünd, dem mehr als großzügigem Entgegenkommen gegenüber den NS-Jugendorganisationen, bei der Umsetzung der „Nürnberger Gesetze" in Gmünd (1935) zur Bloßstellung der Gmünder, die in jüdischen Geschäften einkauften, bei der „Gleichschaltung" der Presse, zur antisemitischen Hetze, zu den Vorgängen um die Gmünder Synagoge, zur Deportation jüdischer Mitbürger Gmünds, zu den Euthanasie-Opfern aus Gmünd und den umliegenden Gemeinden, zur Behandlung Homosexueller, zu den Todesurteilen gegen Deserteure der Wehrmacht usw. usf.

Angeführt sei noch ein Beispiel, die ausländischen Fremd- und Zwangsarbeiter in Gmünd betreffend: zum einen die schlechte ärztliche Versorgung. Zum anderen der „Spaß", den sich die SA mit den Polen machte. Diese durften nur eine Gaststätte in Gmünd, den „Walfisch" besuchen. Freitagabend trafen sie sich dort und tranken, was niemand verwundern wird, einen „über den Durst", um ihr Los zu vergessen. „Die SA machte sich ein Vergnügen daraus, am Freitagabend ins Taubental zu ziehen. Dort ließ sie die Polen heraustreten und verprügelte sie anschließend, weil sie betrunken waren."[37] Bis jetzt konnte kein Einspruch dagegen von Seiten des SA-Mitglieds Franz Konrad in den Unterlagen gefunden werden.

[35] GR 1937 § 500.
[36] GR 1937 § 500.
[37] GStG, S. 446.

Konrad zur Kriegsmarine

Bevor Konrad für längere Zeit Gmünd verlässt (eine Zeitlang wird der Haller OB die Geschäfte in Gmünd neben denen in Hall führen), löst Rechnungsrat Treuter den bisherigen Standesbeamten Kucher ab. Dazu äußert sich Kreisleiter Hermann Oppenländer (1900-1973): „[...] halte ich es für notwendig, dass das Standesamt mit einem Parteigenossen besetzt wird [...], der die Gewähr bietet, dass Trauungen in dem von der Partei gewünschten Rahmen stattfinden."[38] Während der Einberufungszeiten von 1939 bis 1944, mit Unterbrechungen, regiert Konrad mit „Verfügungen", wobei er voraussetzt, dass sein Vertreter im Amt alle Entscheidungen so trifft wie er sie selber treffen würde. Dabei muss mit einem verbreiteten Missverständnis aufgeräumt werden: Konrad wäre mit der Einberufung Konflikten mit Kreisleiter Oppenländer und anderen Parteidienststellen aus dem Weg gegangen. Nach den Unterlagen der Marine wurde er dringend gebraucht: „Er ist neuzeitlich ausgebildet und gehört zur Führerreserve der Kriegsmarine [...]. Eine weitere Freistellung (Konrad selbst hatte immer wieder Freistellungsgesuche gestellt, um nach Gmünd in sein Amt als Oberbürgermeister zurückzukehren) [...] kann aus personellen Gründen auf keinen Fall erfolgen."[39] Wie schon erwähnt, war das Verhältnis Oberbürgermeister/Kreisleiter und andere Parteidienststellen meistens, manchmal sogar erheblich, gespannt. Es ging dabei um Machtfragen und Kompetenzstreitigkeiten.

Im Jahr 1939 kaufte die Stadt Gmünd vom „Juden Meth" dessen Kino, „um auf den Lichtspielbetrieb einwirken zu können." Dem Reichsstatthalter Wilhelm Murr (1888-1945) trägt Konrad die Ehrenbürgerwürde der Stadt an.[40] Neben der konfessionellen Frauenarbeitsschule gibt es jetzt auch eine städtische. „Leider", so Konrad, „müssen wir feststellen, dass der Besuch dieser Schule außerordentlich zu wünschen übrig lässt, dass dagegen die konfessionellen Schulen nach wie vor gut besucht sind."[41]

Die David-Gutmann-Stiftung

Im Gemeinderat behandelt wird auch die Stiftung des Gmünders jüdischer Konfession, David Gutmann. Er hatte 1917 eine Stiftung für bedürftige Kriegsopfer „ohne Unterschied der Konfession, in erster Linie aber an Kriegsopfer zu verteilen." Gutmann hatte der Stadt am 12. September 1917 20.000 RM übergeben. Nach einem Erlass des Reichsministers des Inneren vom 8. Mai 1939 ist bei Stiftungen von Juden „der jüdische Stiftungsname zu beseitigen und die Zweckbestimmung der Stiftung mit den Grundsätzen der Judenpolitik in Übereinstimmung zu bringen." Zudem sei die Bestimmung „ohne Unterschied der Konfession" so auszulegen, dass die „Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse vom Genuss der Stiftungsmittel ausschließt [...] die Zustimmung des Stifters (sei dazu)

[38] GR 1938 § 358.
[39] PA 1, Blatt 101.
[40] GR 1939 § 168.
[41] GR 1939 § 195.

nicht erforderlich [...]. Die Stiftung sei ab jetzt auch auf die Opfer des jetzigen Krieges auszudehnen." Der Oberbürgermeister entspricht diesem Antrag.[42]

Ansiedlung neuer Industrien

Konrad bricht die Monostruktur der Gmünder Wirtschaft auf. Wichtigste Ansiedlungen sind die Zahnradfabrik Friedrichshafen und die Firma Schenk. Durch Entschließung des Oberbürgermeisters erhält die Straße ins Schießtal den Namen „Richard-Bullinger-Straße." Bullinger ist Fliegerhauptstabsingenieur im Reichsluftfahrtministerium; er habe sich, so die Begründung für die Straßennennung, „um die Umstellung des Wirtschaftslebens von Schwäbisch Gmünd hervorragende Verdienste erworben." Betont werden auch seine Verdienste um die Beschäftigung anderer Betriebe in der Stadt „für die Rüstung der Luftwaffe, Ausbau der Gaswerke Gmünd und Abwehr des Eindringens der Technischen Werke der Stadt Stuttgart."[43] Die Wenigsten ahnen, welche Bedrohung über Gmünd liegt. Auf amerikanischen Luftaufnahmen sind die kriegswichtigen Betriebe markiert. Am 16. Mai 1944 berichtet Konrad im Gemeinderat, er habe die Zerstörungen in Friedrichshafen, der Stadt, in der er gerne Oberbürgermeister geworden wäre, besichtigt. Diese seien katastrophal. Er befürchte bei Luftangriffen auf Gmünd dieselben Auswirkungen wie in Friedrichshafen, wo die ZF ihren Stammsitz hatte.[44] Man kann sich unschwer vorstellen, wie die Erinnerungen an Konrad in der Gmünder Bevölkerung dann gewesen wären. Dass Gmünd nicht bombardiert wurde, ist bis heute ein Rätsel, wie es in der Geschichte öfters vorkommt.

Zurück ins Jahr 1940: Ratsherr Weber bringt vor, dass der Straßenname „Bischof-Keppler" (Keppler war gebürtiger Gmünder) heute keine Berechtigung mehr habe und geändert werden müsse. Ebenso müsse man die Franziskanergasse umbenennen: „Der Oberbürgermeister ersucht um Vorschläge für die neuen Strassennamen."[45]

Kirchliche Belange

Im Mai 1941 ergeht vom Landesamt für Denkmalpflege die Anfrage, ob die Stadt ihre 1938 eingestellten Zuschüsse für die Instandsetzung des Heilig-Kreuz-Münsters wieder aufnehme. Wenn nicht, so sollen dem Amt die Gründe dafür mitgeteilt werden. Die Meinung von Stadtrat Hammele: „Die Kirche erhebt heute die doppelte Kirchensteuer und muss daher für ihre Kirchen selber sorgen. Sie darf diese Angelegenheit nicht auf andere abschieben" und Ratsherr Debler meint, das Münster dürfe als Denkmal nicht verfallen. „Zur Unterhaltung ist jedoch der Nutznießer, also die Kirche selbst, verpflichtet [...]. Vor der Entscheidung soll die Stellungnahme der NSDAP eingeholt werden." Die

[42] GR 1940 § 42.
[43] GR § 56.
[44] GR 1944 § 29.
[45] GR 1940 § 112.

nimmt Ratsherr Weber, Vertreter im Amt des Kreisleiters, wohl vorweg: „Die Kirche hat für viele andere Zwecke, die gegen die NSDAP gerichtet sind, große Mittel, so kann sie auch diesen Aufwand selbst decken." Daraufhin fällt der Entschluss des Oberbürgermeisters, dem Landeskonservator mitzuteilen, „dass die Stadt der Auffassung des Kreisleiters [...] entspreche."[46]

Der Griff nach klösterlichem Besitz

Bei einer Besprechung beim Reichsstatthalter am 1. September 1941 wird zum wiederholten Male deutlich, dass sich die Stadt seit Jahren bemüht, aus klösterlichem Besitz Erwerbungen für öffentliche Einrichtungen, z. B. Altenheime, Schulen, HJ-Einrichtungen oder ein städtisches Krankenhaus, zu machen. Als Konkurrenten der Stadt treten NSDAP und Wehrmacht auf. Man muss die Äußerungen Konrads auf sich wirken lassen: „Nach meiner Überzeugung hat die Stadt moralisch den ersten Anspruch auf jeglichen klösterlichen Besitz auf Markung Schwäbisch Gmünd, denn all dieser Besitz stammt aus der öffentlichen Gemeinschaft. Deshalb halte ich es für das einzig richtige, wenn er jetzt wieder in den Besitz der örtlichen Gemeinschaft, d.h. der Stadt zurückgeführt wird." Konrad kündigt dem Reichsstatthalter an, notfalls bis zur höchsten Instanz die Ansprüche der Stadt Gmünd auf den klösterlichen Besitz durchzufechten. St. Vinzenz sieht er für ein Altenheim vor, ebenfalls St. Josef. Beide Anwesen müssten auch im Zusammenhang mit der Stadthalle und dem städtischen Sportplatz gesehen werden und sollten wegen künftiger Vorhaben der Stadt in diesem Bereich in den Besitz der Stadt übergehen. Auch für Zwecke der HJ eigne sich das Areal. Telegramm des württembergischen Innenministeriums am 5. September 1941 an die Stadt: St. Vinzenz und die unbebaute Fläche wird von der Gauamtsleitung für ein künftiges Kreiskrankenhaus beansprucht. „Es kommt für andere Zwecke nicht in Frage. Auch nicht für ein städtisches Krankenhaus."[47]

Am selben Tag erhält die Stadt ein Schreiben von Herrn Siegle, Treuhänder der Besitztümer des Klosters Untermarchtal: „Nach Ermittlungen der staatlichen Kriminalpolizei hat sich das Kloster Untermarchtal sehr schwerer Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnungen zu Schulden kommen lassen und dabei große Mengen von Lebensmitteln der Ernährung des Volkes widerrechtlich entzogen. Wegen dieser Gefährdung der Ernährungsgrundlage und damit der Landesverteidigung ist [...] das gesamte Vermögen und der ganze Besitz und Vermögen beschlagnahmt." Die Gmünder Ratsherrn nehmen davon Kenntnis – und damit auch Konrad.[48]

[46] GR 1941 § 53.
[47] GR § 59.
[48] GR 1941 § 60.

Persönlicher Schicksalschlag

Am 26. August 1941 stirbt die Frau von Franz Konrad, Maria Magdalena Kühner, im Alter von 37 Jahren. Sie hinterlässt zwei Töchter: Elisabeth, geboren am 27. November 1925 und Margarete, geb. am 23. Oktober 1929. Konrads Stellvertreter schreiben an Konrad: „Das Andenken der Verstorbenen wird in den Herzen der Bevölkerung in unauslöschlicher Erinnerung bleiben. Ihre Kinder müssen durch ihre Einberufung zur Kriegsmarine schon seit fast 2 Jahren den väterlichen Schutz und Beistand entbehren und sind nun durch den Verlust der Mutter allein und verlassen im elterlichen Haus."[49] Es gibt Anzeichen dafür, dass Konrad den Tod seiner Frau nicht überwinden konnte. Im Sommer 1942 heiratet er wieder (die Töchter sind da zwölf und 16 Jahre alt). Als Konrad am 15. Mai 1957 stirbt, wird er im Grab seiner ersten Frau beigesetzt, „seinem Wunsch entsprechend [...] in aller Stille."[50] Den Bezug zu seiner Heimatstadt Laupheim, in der er bis zu seiner Berufung nach Gmünd Bürgermeister war, ließ er nie abreißen. Als er 1954 (1948 war seine Wahl zum Gmünder OB gegen Franz Czisch, dem damaligen Oberbürgermeister von Gmünd, von den Amerikanern annulliert worden) wieder gewählt wurde, behielt er seinen Wohnsitz in Laupheim bei. Das wurde ihm von Seiten der Stadt verübelt, da er auch auf eine Dienstwohnung verzichtete.[51]

Wenige Wochen nach dem Tod seiner Frau feiert er am 16. September seinen 50. Geburtstag. In seinem Dankschreiben für die übermittelten Glückwünsche schrieb er an den Gemeinderat, er habe sich in den sieben Jahren hier nur bemüht, das zu tun, was die Verhältnisse von ihm forderten. „Aber diese schönen Erfolge wären [...] nicht möglich gewesen, wenn nicht der Umbruch 1933 die Möglichkeit für ein erfolgreiches Wirken geschaffen hätte. Im alten System wäre ein solches Schaffen ausgeschlossen gewesen. Der Eigennutz hätte diese Wirtschaftsumstellung verhindert und die Widerstände wären zu groß gewesen."[52]

Marine-Schule in Gmünd?

1942 hat Konrad die Idee, in Gmünd eine Marine-Unteroffizier-Vorschule einzurichten. In Frage kämen und geeignet dafür wären die Gebäulichkeiten von St. Ludwig, St. Vinzenz eventuell auch das Canisius-Haus. Mit sofortiger Wirkung wurde der Altbau von St. Ludwig beschlagnahmt. Zur Frage einer Marine-Schule äußert sich auch der kommissarische Kreisleiter, Pg. Sieger, Lorch: „Diese Entscheidung sei für Gmünd [...] von weitreichender Bedeutung [...]. Entscheidend sei [...] die Schaffung guter, dauernder, wertvoller Beziehungen zur Marine für die metallverarbeitende Industrie von Schwäbisch Gmünd."[53] Nochmals

[49] GR 1941 § 67.
[50] Rems-Zeitung, 22.05.1957.
[51] Über die bald nach seiner Wiederwahl 1954 einsetzenden Differenzen siehe PA 2, hier Schreiben von Bürgermeister Ruisinger an den Stadtrat vom 05.09.1956.
[52] GR 1941 § 41.
[53] GR 1942 § 6.
[53] GR 1942 § 6.

kommen die unterschiedlichen Interessen um die Verteilung des klösterlichen Besitzes zur Sprache. Der Stadt bleibe es unbenommen, sich um St. Josef, St. Loreto, das Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern und um den unbebauten Grundbesitz des Klosters zu bewerben.[54]

Am 24. März 1943 macht Kreisleiter Oppenländer im Gemeinderat Ausführungen, denen Oberbürgermeister Konrad am Schluss voll und ganz zustimmt. Es geht um die gegenwärtige Kriegslage. U.a. macht Oppenländer eine Bemerkung zum deutschen Beamten, der ja an sich ein gewissenhafter Mensch sei. „Und dem müssen wir nun einen Schups geben, dass er ein Stück dieses Gewissens fahren läßt [...]. Jetzt ist Krieg." Und Konrad fügt hinzu: „Wir alle waren lange genug Soldat, um zu wissen [...] dass jeder nur ein Ziel haben kann [...], um unserem deutschen Vaterlande zum Sieg zu verhelfen."[55]

Dem Ende entgegen

Bis zum bitteren Ende steht Konrad mit voller Überzeugung für das „Dritte Reich" ein. Bei einem „Gefolgschaftsappell" mit Rückblick auf das Jahr 1943 sagt er u.a.: „Wir wollen fanatisch den Sieg Deutschlands [...]. Nur ein Narr kann glauben, dass, wenn wir nicht siegen würden, von unserem Reich etwas bleibe, dass etwa noch ein Viertes Reich der Deutschen möglich wäre. Wir gehen in das Jahr 1944 mit dem vollen Vertrauen zu unserer politischen und militärischen Führung."[56] Und bei der Gedenkfeier für den im Osten gefallenen Ratsherrn Höhn: „Er wollte, dass die deutschen Städte ein Hort der Reichstreue und des Kampfeswillens, dass die Städte Zellen germanischer Größe und Zukunft werden." Im darauf folgenden Gefolgschaftsappell legt Konrad nach: „Wir stehen voller Vertrauen zu unserer militärischen und politischen Führung. Jeder von uns muss zu jedem Einsatz und zu jedem Opfer bereit sein."[57]

Am 16. Mai berichtet Konrad, wie schon erwähnt, über seine Besichtigung der katastrophalen Zerstörungen in Friedrichshafen. Lobeshymnen stimmt er über den verstorbenen ersten Kreisleiter der NSDAP im Kreis Gmünd, Alfons Baur, an.[58]

Und dann der Paukenschlag: am 16. Dezember 1944 legt er ein amtsärztliches Zeugnis vor und berichtet von seiner Absicht, sich in den Ruhestand versetzen zu lassen. Den Antrag dazu stellt er am 1. Februar 1945, die Zurruhesetzung erfolgt zunächst zum 31. März 1945, dann zum 1. Juni 1945.

[54] GR 1942 § 21.
[55] GR 1943 § 11.
[56] GR 1944 S.10 ff.
[57] GR 1944 S.47 ff.
[58] GR 1944 S.107 ff.

Nach dem Krieg

Jetzt zwei Aussagen vor der Zentralen Spruchkammer für Nordwürttemberg. Max Schwarz sagte aus, die öffentliche Meinung wäre, „dass Konrad keine grundsätzliche Differenzen mit der Kreisleitung hatte, sondern Differenzen, die aus dem gegenseitigen Machtwillen entsprangen, so dass Konrad mit dem Nazismus durchaus konform ging [...]. Aus seinem Verhalten war keine Nazi-Gegnerschaft erkennbar [...]. Konrad war in den Augen der Öffentlichkeit eine Konzession der NSDAP an die katholische Bevölkerung von Gmünd."[59]

Karl Maier wird bei seiner Aussage vor der Zentralen Spruchkammer noch deutlicher: „Persönlich halte ich Konrad für einen jener Beamten, die im Interesse ihrer Stellung bedenkenlos ihr politisches Hemd wechseln. Bemerkenswert bei der Berufung Konrads zum Oberbürgermeister ist die Tatsache, dass er nicht Akademiker war (und diese Tatsache) den Schluss zulässt, dass Konrad der Partei als der gegebene Mann für Schwäbisch Gmünd erschien." In der Regel hätte man die Stelle eines OB mit einem Juristen besetzt, es sei denn, ein Nicht-Jurist hätte eine besondere Beziehung zur Partei gehabt.[60]

Oppenländers Erklärung im Zuchthaus Hall

Vom Landgericht Ellwangen wird der ehemalige Kreisleiter Hermann Oppenländer und Kampfkommandant Hössle zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen beide je 3 ½ Jahre absitzen und dann „im Wege der Gnade" freikommen.[61] Im Zuchthaus Schwäbisch Hall gibt Oppenländer am 24. April 1948 eine schriftliche Erklärung ab. Zu dieser Zeit zeigen die Akten, dass Oppenländer ernsthaft über sein bisheriges Leben, Tun und Handeln nachdenkt. U. a. schreibt er über Konrad, dass dieser von Staatssekretär Karl Waldmann (1889-1969) damals für den Posten des Oberbürgermeisters in Gmünd vorgeschlagen worden sei. Waldmann war „alter Kämpfer" und einer der ersten „Parteiredner" in Württemberg. Wörtliche Aussagen in der schriftlichen Erklärung: „Ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass jemand anderer als ein überzeugter Nazi die Stelle eines Oberbürgermeisters hätte bekommen können. Keinesfalls kann ich glauben, dass Murr diese Stelle einem Mann gegeben hätte, von dem er nicht überzeugt war, dass er ein guter Nationalsozialist war." „Konrad erwies sich nie als Gegner des Nationalsozialismus." Im September habe Konrad ihm gesagt, „dass Deutschland diesen Krieg verlieren werde, da das deutsche Volk noch nicht reif für einen solchen Krieg sei." Nach einer Tagung in Breslau, von Himmler einberufen, habe Konrad auf einer Tagung des Kreispropaganda-Ringes in Gmünd gesagt, „dass er zum ersten Mal Gelegenheit gehabt hätte, Himmler persönlich kennenzulernen und diesem Manne vieles abzubitten hätte."

[59] StAL EL 905 / Bü 133.
[60] StAL EL 905 / 4 Bü 1215.
[61] Siehe einhorn-jahrbuch 2013, Schwäbisch Gmünd, Franz Merkle: Es lebe die Freiheit – das kurze Leben des Robert Haidner, S. 294 ff; ders.: Das mühsame Leben des Heinrich Probst, S. 299 ff.

Beim jährlichen Bauzuschuss für das Gmünder Münster habe Konrad den Zuschuss nie bewilligt, „ohne sich vorher mit mir in Verbindung zu setzen und mich zu fragen, ob ich mit diesem Bauzuschuss einverstanden wäre. Ich hatte den Eindruck, dass Konrad besorgt war, die Partei könne es ihm übelnehmen, von sich aus den Zuschuss zu bewilligen und dass er von diesem Zuschuss abgesehen hätte, wenn ich mein Einverständnis nicht erklärt hätte." Und noch eine Aussage des ehemaligen Kreisleiters über Konrad: „Konrad hat sich bei `Judenaktionen´ nicht beteiligt, hat sich aber niemals bei mir gegen diese eingesetzt. Er hat sich überhaupt bei meiner Dienststelle niemals für politisch Verfolgte eingesetzt [...]. Er hat jede Gelegenheit benützt um zum Ausdruck zu bringen, dass er stets im Sinne der Partei handeln wolle."[62]

Schlussbemerkung

Franz Konrad, Oberbürgermeister in Schwäbisch Gmünd von 1934 bis 1945, war eines jener berühmten Rädchen, ohne das sich in allen Bereichen nichts dreht. Mr. Bernhard Taper schrieb 1949 einen neunseitigen Artikel, der sich mit der OB – Wahl in Schwäbisch Gmünd (Konrad gegen OB Franz Czisch) befasste. Er schrieb auch den bedenkenswerten Satz: „Hitler brauchte beide Typen von Nazis, den Strassenkämpfer-Typ und den achtbaren Typ, den einen, um die Macht zu erringen, den anderen, um sie zu halten."[63]

[62] StAL EL 905 / 4 Bü 1215.
[63] Bernhard Taper „Heil Free Elections" in Harpers Magazine 1949, S. 4.

541/100

Die Buchreihe „Täter Helfer Trittbrettfahrer“ will in zehn regional gestaffelten Bänden das Wissen über den Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg neu hinterfragen. 115 Autor*innen treten an, um dazu eine möglichst quellengestützte, bewusst faktenbasierte NS-Täterforschung im Lande voranzubringen. 19 von ihnen legen mit diesem achten Band 23 neue Biografien aus der Region zwischen Heidenheim, Schwäbisch Hall und Mannheim, zwischen Rastatt, Heilbronn und Bad Mergentheim vor.

Die regionale NS-Vergangenheit darf nicht schöngeredet oder gar totgeschwiegen werden. Gerade in „postfaktischen“ Zeiten kommt es darauf an, hart an der Sache, aber gleichzeitig entideologisiert und kontextbezogen insbesondere in den Archiven nachzuforschen. Dabei müssen neben den Toptätern auch solche NS-Belastete untersucht werden, deren persönliche Schuld zunächst als Marginalie erscheinen mag. Weil aber solche Täter in ihrer großen Masse einen erheblichen Anteil an der Akzeptanz des Unrechtregimes unter der Mehrheit der Deutschen hatten, sind es gerade die Helfershelfer und Trittbrettfahrer aus der zweiten und dritten Reihe, ohne die der Nationalsozialismus heute in seiner ganzen Breite nicht angemessen verstanden werden kann. Die NS-Geschichte muss nicht neu geschrieben, aber im Detail erweitert und nachjustiert werden.

Dr. Wolfgang Proske, der Herausgeber dieses Bandes, ist Diplom-Sozialwissenschaftler und Lehrer für Geschichte am Abendgymnasium Ostwürttemberg.

kugelberg

Kugelberg Verlag

ISBN 978-3-945893-09-8

Wolfgang Proske (Hg.) Täter Helfer Trittbrettfahrer 8

kugelberg

Täter Helfer Trittbrettfahrer

NS-Belastete aus dem Norden des heutigen Baden-Württemberg

Band 8

Wolfgang Proske (Hg.)

Stadtarchiv
Schwäb. Gmünd
Best. F1 Nr. 54/100

Die Buchreihe **„Täter Helfer Trittbrettfahrer"** will in zehn regional gestaffelten Bänden das Wissen über den Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg neu hinterfragen. Mit biografischem Ansatz wollen 115 Autorinnen und Autoren die NS-Täterforschung im Land quellengestützt und faktenbasiert voranbringen. Acht Bände mit jeweils ca. 20 – 25 Biografien sind bereits erschienen; die noch fehlenden Bücher sind in Vorbereitung. Der Herausgeber ist Dr. phil. Wolfgang Proske, Diplom-Sozialwissenschaftler und Geschichtslehrer am Abendgymnasium Ostwürttemberg.

- Band 1: Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete von der **Ostalb**, Gerstetten 2016 (2. Aufl.), 306 S., ISBN 978-3-945893-05-0, 19,99 €
- Band 2: Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus der **Region Ulm/Neu-Ulm**, Münster/Ulm 2013, 207 S., ISBN 978-3-86281-062-8, 17,80 €
- Band 3: Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus dem **östlichen Württemberg**, Gerstetten 2016 (2. Aufl.), 257 S., ISBN 978-3-945893-02-9, 19,99 €
- Band 4: Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus **Oberschwaben**, Gerstetten 2015 (4. Aufl.), 317 S., ISBN 978-3-945893-00-5, 19,99 €
- Band 5: Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus dem **Bodenseeraum**, Gerstetten 2016 (2. Aufl.), 334 S., ISBN 978-3-945893-04-3, 19,99 €
- Band 6: Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus **Südbaden**, Gerstetten 2017 (2. Aufl.), 422 S., ISBN 978-3-945893-06-7, 19,99 €
- Band 7: Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus **Nordbaden + Nordschwarzwald**, Gerstetten 2017, ISBN 978-3-945893-08-1, 19,99 €
- Band 8: Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus dem **Norden des heutigen Baden-Württemberg**, Gerstetten 2018, ISBN 978-3-945893-09-8
- Band 9: Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus dem **Süden des heutigen Baden-Württemberg**, Gerstetten 2018, ISBN 978-3-945893-10-4
- Band 10: Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus der **Region Stuttgart**, Gerstetten 2019, ISBN 978-3-945893-11-1

kugelberg

Besuchen Sie für aktuelle Informationen unsere Website
www.ns-belastete.de

Hier können Sie auch Ihre Bestellungen und/oder Vorbestellungen aufgeben, für Endkunden portofrei!

54/100

Täter Helfer Trittbrettfahrer
NS-Belastete aus dem Norden des heutigen Baden-Württemberg
(Bd. 8)

kugelberg verlag

Wolfgang Proske (Hg.)

Täter Helfer Trittbrettfahrer

8

NS-Belastete aus dem Norden des heutigen Baden-Württemberg

Kugelberg Verlag

In Vorbereitung für 2018/19:

Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus dem Süden des heutigen Baden-Württemberg, Band 9

Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus der Region Stuttgart Band 10

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Buch oder Teile dieses Buches dürfen nicht ohne die schriftliche Genehmigung des Verlags vervielfältigt, in Datenbanken gespeichert oder in irgendeiner Form übertragen werden.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© Kugelberg Verlag 2018
Goethestr. 34
D-89547 Gerstetten
info@kugelbergverlag.de
www.kugelbergverlag.de

Informationen zum Projekt „Täter Helfer Trittbrettfahrer" unter
www.ns-belastete.de
E-Mails an: info@ns-belastete.de

Lektorate: Irene Nielsen, Veit Feger
Layout und Satz: Daniel Brenner, Hannelore Zimmermann
Herstellung: Digitaldruck Leibi.de, Neu-Ulm

1. Auflage
ISBN 978-3-945893-09-8

Inhalt

7 Regionale NS-Täterforschung in Baden-Württemberg
von Wolfgang Proske

17 **Otto Abetz:** Frankreichfreund in Hitlers Diensten
von Eggert Blum

30 **Otto Abt:** Gehilfe der Verschleppung einer Mutter und ihrer Kinder nach Auschwitz
von Udo Grausam

53 **Dr. Werner Ansel:** Von Vernichtungsaktionen nichts mitbekommen
Von Ralf Garmatter

65 **Hermann Bickler:** Deutschland draußen an der Front kennenlernen, wo es „am saubersten, am edelsten und am liebenswertesten" ist …
von Astrid Gehrig

108 **Eugen Büttner:** Stromableser und KZ-Kommandant
von Klaus Riexinger

123 **Friedrich Degeler:** Neue Nachrichten aus „prähistorischer Zeit"
von Alfred Hofmann

136 **Dr. Ferdinand Dietrich:** Als Kreisleiter in Öhringen ein geistiger Brandstifter
von Thomas Kreutzer

159 **Hans Gaier:** Vom Hilfspolizisten zum Leiter des Schutzkommandos Kielce im Generalgouvernement
von Volker Ochs

180 **Dr. Rudolf Greifeld:** Voll auf Linie der NS-Ideologie, aber kein Funktionär des Holocaust
von Bernd-A. Rusinek

200 **Otto Hänle:** „Adolf Hitler als alleiniger Herrgott"
Von Folker Förtsch

215 **Wilhelm Hofmann:** Nationalsozialismus als „letzte Sinngebung der Hilfsschularbeit"
von Peter Wanner

227 **Fürst Ernst II. zu Hohenlohe-Langenburg:** Hitler als „Geschenk Gottes für das deutsche Volk"
von Ralf Garmatter

236 **Prinzessin Alexandra zu Hohenlohe-Langenburg:** „Rassepolitik ist etwas anderes als Judenverfolgung"
von Ralf Garmatter

245 **Franz Konrad:** „Konzession der NSDAP an die katholische Bevölkerung von Gmünd"
von Franz Merkle

260 **Prof. Dr. Hermann Löffler:** Historiker im Dienste der SS
von Wolf-Ulrich Strittmatter

279 **Hermann Oppenländer:** „Er versteht sich wunderbar auf die Politik mit dem Hammer"
von Franz Merkle

295 **Gustav Adolf Scheel:** Studentenführer, Gauleiter, Verschwörer. Ein politischer Werdegang
von Philipp T. Haase

326 **Dr. Arthur Schreck:** Übereifriger T4-Gutachter und Kindermörder
von Eva-Maria Eberle

342 **Albert Schüle:** Mittelsmann zwischen Bauern und Nazis
von Wolfgang Proske

358 **Reinhold Seiz:** War der Mergentheimer Kreisleiter ein Wohltäter oder ein Täter?
von Hartwig Behr

371 **Dr.-Ing. Oskar Stäbel:** Die Rehabilitierung eines NS-Funktionärs
von Katharina Müller

384 **Eugen Weber:** „... dass Angehörige der Gestapo schwer misshandelt worden sind"
von Udo Grausam

397 **Siegfried Westphal:** „Erfüllt von der moralischen Verpflichtung, stets `Coleur´ zu beweisen..."
von Wolfgang Proske

416 Abkürzungsverzeichnis

419 Bildnachweis

420 Autorenverzeichnis

425 Personenregister

435 Ortsregister

Wolfgang Proske

Regionale NS-Täterforschung in Baden-Württemberg

Mit dem vorliegenden Band 8 geht das Projekt „Täter Helfer Trittbrettfahrer" (THT) in seine Zielgerade. Im Folgenden behandeln wir (mancherorts ein weiteres Mal) den Norden des heutigen Baden-Württemberg, das heißt die Region zwischen Heidenheim und Mannheim, zwischen Rastatt und Bad Mergentheim. Bereits in wenigen Wochen wird dann Band 9 mit dem entsprechenden Vorhaben für den Süden des heutigen Bundeslandes folgen. Beide Bände bieten gezielte Vertiefungen unter besonderer Berücksichtigung der Herkunft der Täter, ihrer Branche, ihrer Nachkriegskarriere. Wir schließen damit weitere regionale Lücken, zu denen es bisher bei unserer Täterauswahl gekommen war. Band 10 schließlich wird 2019 die Region Stuttgart auf NS-Belastete hin untersuchen, wobei neben dem Stadtgebiet insbesondere auch die vier angrenzenden Landkreise Ludwigsburg, Rems-Murr-Kreis, Böblingen und Esslingen einbezogen sein werden, dazu dann noch der Fall Hans Speidel aus Metzingen im Landkreis Reutlingen. Sollte Ihr Dorf, Ihre Stadt oder gar Ihr Landkreis nicht berücksichtigt worden sein, dann nicht deshalb, weil es dort keine NS-Belasteten gibt, sondern weil es dem Herausgeber trotz 114 Autorinnen und Autoren nicht gelungen ist, Personen mit der Kompetenz für genau diesen Ort zu verpflichten.

Wie komplex die Zusammenhänge bei der NS-Täterforschung sein können, wurde gerade wieder im Fall **Erwin Rommel** deutlich. Im Gefolge der Benennung zweier Bundeswehrkasernen geriet Rommel, über den in THT schon mehr als über jeden anderen NS-Belasteten geschrieben wurde,[1] 2017 eher versehentlich erneut in die Schlagzeilen. Warum? Als Namensgeber aus der NS-Zeit für die Benennung einer Kaserne sollen, so das Bundesverteidigungsministerium kategorisch, nur noch solche Personen in Frage kommen, die dem Widerstand angehörten. Das aber ist bei Rommel nach bisher einhelliger Meinung der Experten nicht der Fall. So hieß es noch 2012 in der amtlichen historischen Bewertung Rommels: „Ein `Mann des Widerstandes´ nach heutigen Kriterien war Rommel also nicht." Er sei lediglich gegen Ende des Krieges wegen seiner „fachlichen Verantwortung als militärischer Führer, nicht jedoch wegen grundsätzlicher moralischer Bedenken" in „Konflikt" bzw. „Widerspruch" mit „Hitler und dem Regime" geraten.[2]

---

[1] Proske, Wolfgang: „Ich bin nicht beteiligt am Attentat!" Erwin Rommel, in: Ders. (Hg.): Täter Helfer Trittbrettfahrer; Bd. 1: NS-Belastete von der Ostalb, Münster/Ulm 2010(1), S. 189 ff; ders.: Zwei Rollen für Erwin Rommel beim Aufmarsch der Wehrmacht in Libyen und Ägypten, 1941-1943, in: Ders. (Hg.): Täter Helfer Trittbrettfahrer; Bd. 3: NS-Belastete aus dem östlichen Württemberg, Gerstetten 2016(3), S. 153 ff; ders.: Nachträge, in: Ders. (Hg.): Täter Helfer Trittbrettfahrer; Bd. 4: NS-Belastete aus Oberschwaben, Gerstetten 2015(1), S. 293 ff.

[2] Militärisches Forschungsamt der Bundeswehr Potsdam vom 20.01.2012: Erwin Rommel / Seine Bedeutung als Person der Zeitgeschichte / hist. Bewertung.